

Ingomar Hauchler

Warum gehört die Eigentumsfrage

wieder auf die politische Agenda?

Vortrag in Griebnitzsee am 22.3.2013

Warum gehört die Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung? Einfach deshalb: die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass Wohlstand für alle, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung nicht zu haben sind, wenn man sich nur auf instrumentelle Lösungen in den Grenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlässt.

Bevor ich diese These begründe, will ich drei **Vorbemerkungen** machen.

Erstens. Ich rede nicht von Eigentum, das persönlichem Gebrauch und persönlicher Sicherheit dient (also auch nicht über goldene Ketten, Rennpferde oder eine schöne Villa am Wannsee). Ich rede auch nicht von produktivem Eigentum, das als kleines und mittleres Kapital gesellschaftlich transparent ist und an das gemeine Wohl gebunden ist. Ich spreche ausschließlich über großes privates Eigentum an Produktionsmitteln, das sich der Bindung an gesellschaftliche Pflichten entziehen *kann*....vor allem von anonymen Kapitalgesellschaften, transnational vernetzten Konzernen, spekulativem Finanzkapital.

Zweitens: Obwohl ich Marx einiges abgewinnen kann, argumentiere ich nicht auf dem Boden des dialektischen Materialismus; und ich plädiere auch nicht für einen zentralstaatlichen Kollektivismus. Dieser hat sich historisch als ineffizient und totalitär erwiesen.

Meine Überlegungen beruhen auf einer *ökonomischen* Analyse der

Verhältnisse, wie wir sie heute vorfinden.

Drittens. Auch wenn etablierte Ökonomen dies immer noch behaupten: Keynes liefert nicht die Antwort für die Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme, vor denen wir heute stehen und schon gar nicht für die ökologischen Probleme, die uns erst noch erwarten. Keynes liefert Einsichten zur Stabilisierung der wiederkehrenden Krisen, die dem Kapitalismus immanent sind. Er bleibt dabei aber auf dem Boden der (neoklassischen) liberalen Wirtschaftstheorie stehen - also dem beim homo oeconomicus und der kapitalistischen Eigentumsverfassung.

Nun zur Sache.

Das große private Eigentum an Produktionsmitteln, wie es heute verfasst, transnational vernetzt und frei fluktuiert, richtet mehr Schaden an, als dass es Nutzen bringt. Und das nicht nur hier und heute, sondern weltweit und vermehrt in der Zukunft. Steuersätze und Mindestlöhne, Pflege und Renten, oder die Boni der Manager - alles wichtige Dinge... Oft vergessen wir aber, dass diese Dinge - dass das Leben und die Arbeit der Menschen letzten Endes davon abhängen, wer über die produktiven Ressourcen dieser Erde verfügt, wer über das Kapital, wer über die Arbeit und damit über das menschliche Leben disponiert. Und das ist die Frage nach der Rolle des Eigentums.

I. Der Wandel des Eigentumsverständnisses.

Zunächst: welche Rolle spielte *bisher* das private Eigentum an Produktionsmitteln?

Die Geschichte hat gezeigt, dass eine Wirtschaftsordnung, die sich auf Privateigentum und Wettbewerb stützt, mehr Wachstum und Produktivität ermöglicht als eine zentral gelenkte Ordnung, die auf einer kollektivistischen Eigentumsordnung beruht.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln begründete auch eine in anderen Kulturen nie gekannte ökonomische Dynamik. Erst der Kapitalismus hat ja die ökonomische Stagnation, die im Feudalismus über ein Jahrtausend währte, aufgebrochen. Einen Beweis für seine ökonomische Überlegenheit lieferte er auch nach dem Zusammenbruch der ehemals kommunistischen Staaten, die erst *danach* ein dort nie erreichtes Wachstum erreichten.

Wettbewerb und Markt sorgen dafür, dass die Arbeitsteilung stärker vorangetrieben und die Aktivität der einzelwirtschaftlichen Einheiten effizienter koordiniert wird. Privates Eigentum an Produktionsmitteln schafft Anreize für wirtschaftliche Leistung, für Kreativität und Innovation, für Sparen und Investieren.

Warum aber entfaltete die kapitalistische Eigentumsordnung eine so hohe produktive Dynamik - schließlich gab es auch vor dem Kapitalismus bereits Eigentum, das nicht zentralstaatlich verankert und verwaltet war. Zu denken ist an den Grundbesitz des Adels und der freier Bauern, auch an das produktive Kapital, über das Handwerker und Manufakturbesitzer, Kaufleute und Banken frei verfügten.

Entscheidend für die ökonomische Dynamik, die dann im neunzehnten Jahrhundert aus Eigentum und Wettbewerb aufbrach, war, dass jetzt erst ein Eigentümer über sein Vermögen - gleich ob es dem persönlichen Gebrauch oder der Produktion diene - *nach Belieben* verfügen konnte. Bis dahin waren mit dem Eigentum auch soziale Pflichten verbunden. Mit den Lehen des Adels waren gegenüber dem König Dienstpflichten verbunden, gegenüber den Untertanen war für Rechtsfrieden und Schutz vor äußeren Angriffen zu sorgen. Die Handwerksmeister und Kaufherrn hatten ihren Gesellen und Dienstleuten nicht nur ihren Lohn zu zahlen; sie fühlten sich auch verpflichtet, sich an allgemeine Qualitätsstandards zu halten, nur „gerechte“ Preise zu fordern und auch für die Armen und Kranken der Gemeinde aufzukommen.

Dieses gesellschaftlich gebundene Eigentumsverständnis änderte sich im Kapitalismus radikal. Der private Eigentümer war nun von allen *persönlichen* gesellschaftlichen Verpflichtungen frei gestellt. Kapitalist und Arbeiter sollten sich nun (wenigstens der Theorie nach) als freie Vertragspartner gegenüber treten. . Um gesellschaftliche Dinge hatte sich nach der (klassischen) ökonomischen Lehre nun allein der Staat zu kümmern.

Die etablierte ökonomische Theorie stützt sich bis heute auf dieses neue Eigentumsverständnis, das John Locke Ende des 17. Jahrhunderts zunächst naturrechtlich, hundert Jahre später dann David Hume und Adam Smith auf der Grundlage der utilitaristischen Ethik ökonomisch funktional begründet hatten. Danach *sollen* die Menschen ausdrücklich *nur* ihren *eigenen* Interessen folgen, wenn sie konsumieren, produzieren oder Handel treiben, sparen oder investieren - die Unsichtbare Hand des Marktes würde die egoistisch motivierten Entscheidungen des homo oeconomicus zum Besten des gesellschaftlichen Ganzen verbinden. Dass dies nicht nur *altes* Denken ist, dass dieser der Mythos der Unsichtbaren Hand des Marktes bis heute die ökonomischen Köpfe regiert, brachte Ben Bernanke, der derzeitige Chef der amerikanischen Notenbank, zum Ausdruck, wenn sagte: „Wenn man Wirtschaft unterrichtet, ist es einer der aufregendsten Momente, die Idee der unsichtbaren Hand zu verstehen; die Idee, dass Märkte so komplexe wirtschaftliche Ergebnisse hervorbringen ohne jegliche zentrale Planung....Märkte sind eine wunderbare Sache“.

Mythos Markt! Die Idee ist, dass erst die *Befreiung* von allen moralischen Rücksichten, sozialen Bindungen und politischen Eingriffen die höchst mögliche ökonomische Effizienz und Dynamik frei setzt und der Staat sich deshalb aus allen eigentlich *ökonomischen* Funktion heraus zu halten hat. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, die kapitalistische Eigentums- und Wettbewerbsordnung zu sichern, die öffentlichen Güter und die Infrastruktur bereit zu stellen, die zur Funktion der privaten Ordnung nützlich sind und sich um die sozialen Kollateralschäden der privaten Wirtschaftstätigkeit zu kümmern.

Diese von der ökonomischen Theorie postulierte Arbeitsteilung zwischen privater Ökonomie und Staat fand dann in den Verfassungen der westlichen Länder, etwa im deutschen Grundgesetz, den institutionellen Niederschlag.

Die offensichtlichen makroökonomischen Defizite, die aus der Wirtschaftsordnung resultieren - Konjunkturkrisen, Arbeitslosigkeit, soziale Schieflagen, Armut und Elend - haben Politik und Ökonomen nicht veranlasst, die kapitalistische Eigentums- und Wettbewerbsordnung in Frage zu stellen. Das gilt auch für John Maynard Keynes. Auch er legt, wie gesagt, die Axt nicht an die Wurzeln der Probleme, sondern begnügt sich mit *kurzfristigen* Empfehlungen zur *Stabilisierung* des Systems. Er stützt sich, nicht anders als die liberalen Ökonomen, auf die individualistische Entscheidungslogik der klassischen und neoklassischen Ökonomie. Und diese resultiert aus der kapitalistischen Eigentums- und Wettbewerbsordnung. Sein Verdienst ist, dass er die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems thematisiert hat und den Staat einbezogen hat, um die Krisen sie zu bewältigen. Seine Lehre geht aber nicht über makroökonomische Instrumente der Geld- und Finanzpolitik hinaus; auch er dringt nicht bis zu den eigentlichen institutionellen Ursachen der ökonomischen und sozialen Defizite der etablierten Ordnung vor: den etablierten Axiomen und ökonomischen Institutionen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Soweit ein sehr kurzer Abriss zur historischen und theoretischen Einordnung der Eigentumsfrage. Im Folgenden will ich darlegen, welche Rolle das große private Eigentum an Produktionsmitteln *heute* für die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung spielt. Dazu vier Punkte.

II. Funktionen und Dysfunktionen des Privateigentums

Erstens. Die produktive Funktion

Hier greife ich noch einmal, nun eher analytisch, die Frage auf, *warum* privates Eigentum an Produktionsmitteln eine hohe ökonomische Dynamik bewirkt.

Eine Antwort darauf liegt auf der Hand: die kapitalistische Eigentumsverfassung wirkt als System von Zuckerbrot und Peitsche. Sie fördert - mehr als eine Ordnung öffentlichen Eigentums - die individuelle **Motivation** viel und hart zu arbeiten, , schafft Anreize, kreativ und innovativ zu sein. Sie eröffnet einerseits hohe Gewinnchancen, birgt andererseits aber auch persönliche Risiken (sofern die Eigentümer denn auch tatsächlich persönlich haften, was ja im Fall des großen Kapitals oft nicht der Fall ist).

Wachstum und Effizienz werden auch gefördert, weil die freie Verfügung über Eigentum im Wettbewerbsprozess Anreize für eine einseitige und hohe **Akkumulation** von Kapital schafft. Diese erlaubt höhere Investitionen als dies in einem System möglich ist, in dem Eigentum an soziale Verpflichtungen gebunden und egalitär verteilt ist. Investitionen sind nun aber die Voraussetzung für die Steigerung von Produktivität und Wachstum.

Privates Eigentum leistet einen weiteren Beitrag zu ökonomischer Dynamik, indem es die spezifische Funktion von Wettbewerb und Markt stärkt, eine bestmögliche **Allokation** der Produktionsfaktoren zu bewirken, das heißt: den Einsatz von Arbeit, Natur und Kapital spontan, also ohne äußere Eingriffe, so zu steuern, dass sie nicht verschwendet werden, sondern Angebot und Nachfrage zur Deckung kommen. Wir befinden uns hier in der Herzkammer der etabliert neoklassischen Lehre: dem Preismechanismus. Er sorgt der Theorie nach dafür, dass es immer wieder dafür gelingt, den Markt zu „räumen“. Dabei wird allerdings oft vergessen, dass dies nicht bedeutet, dass die *dringlichsten*

Bedürfnisse befriedigt werden, sondern lediglich, dass die Produktionsfaktoren auf *die* Nachfrage ausgerichtet werden, die *zahlungskräftig* ist. Bei diesem Maßstab der Effizienz kommt es also nicht darauf an, welchen *Nutzen* die Güter tatsächlich stiften, sondern lediglich, dass irgend jemand tatsächlich für die Güter bezahlt. Das heißt: da es hier nur um die aggregierte *Summe* aller monetären Werte der kommerziellen Güter - zu deutsch: das Sozialprodukt (Bruttoinlandprodukt) - geht, kann der Ökonom auch dann von bestmöglicher Verwendung von Arbeit, Natur und Kapital sprechen, wenn die Einkommen und Vermögensverteilung extrem ungleich verteilt sind und die nächste Generation der natürlichen Lebensgrundlagen beraubt wird.

Ich kann hier nicht näher in den theoretischen Begründungszusammenhang eintreten. Entscheidend ist, dass das private Eigentum an Produktionsmitteln zwar eine hohe ökonomische Dynamik bewirkt, aber eine Entscheidungslogik begründet, die sich allein an der gegenwärtigen Maximierung von monetären Werten und nicht an existentiellen und sozialen Bedürfnissen oder kulturellen Werten orientiert.

Zweitens. Ökonomische Dysfunktionen.

Die Verbindung von Eigentum und Wettbewerb bewirkt ein hohes Wachstum des Sozialprodukts. Der Wettbewerb gibt dem Eigentum seine Chancen und Risiken, das Eigentum gibt - wie schon David Hume vor Adam Smith gesehen haben - dem Wettbewerb seine eigentliche Schärfe.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln zeitigt aber offensichtlich auch *ökonomisch* dysfunktionale Folgen.

Zunächst: Privates Eigentum begründet in Verbindung mit freiem Wettbewerb **Marktmacht**. Und Marktmacht mindert die optimale Allokation der Produktionsfaktoren. Diese beruht nach der neoklassischen Lehre ja auf *vollkommenem* Wettbewerb. Die Erfahrung zeigt aber, dass dem freien Wettbewerb eine Tendenz zur Selbstauflösung immanent ist. Und so finden wir in der Realität finden wir auf den Märkten eine Gemengelage vor, in der

wirklicher Wettbewerb (vor allem der kleinen Unternehmen) von mächtigen Oligopolen und zeitweise auch Monopolen ausgehebelt wird. nebeneinander existieren. Weder die staatliche Fusions- noch die Kartellkontrolle sind im Stande, vollkommenen oder nur funktionierenden Wettbewerb herzustellen - zumal sich die Unternehmen in weltweiten Allianzen vernetzen und die einzelnen Staaten angesichts des globalen Standortwettbewerbs versuchen, jeweils ihre großen nationalen „Champions“ - Wettbewerbsprinzip hin oder her - zu verteidigen.

Eine dysfunktionale Wirkung der kapitalistischen Eigentumsordnung zeigt sich auch in ökonomischer **Instabilität**. Dies liegt einmal an den endemisch auftretenden Konjunkturschwankungen; zum andern daran, dass private Eigentümer Geld und Kapital beliebig über die Grenzen hinweg transferieren können. Sie können hohe Investitions- oder Spekulationsrisiken eingehen, die - wie wir in der Weltfinanzkrise gesehen haben - zu Überschuldungen geführt haben und vom gemeinen Steuerzahler ausgeglichen werden müssen. Die Liberalisierung der internationalen Finanzflüsse ermöglicht auch beliebig hohe Auslandsinvestitionen. Ergebnis: Extrem hoher und schneller kurzfristiger Geldfluss bewirkt eine hohe Volatilität von Kapital und Zinsen, hoher Kapitalabfluss für Auslandsinvestitionen mindern inländische Investitionen und kann zu Arbeitslosigkeit führen, wenn nicht gleichzeitig aus dem Ausland genug Kapital im Inland investiert wird.

Dysfunktional wirkt auch die so genannte **Externalisierung** von Kosten. Das private Gewinnmotiv schafft den Anreiz, Kosten, die durch unternehmerische Entscheidungen verursacht sind, aus der eigenen Bilanz hinaus auf die Allgemeinheit zu verlagern. Das ist etwa der Fall, wenn eine Fabrik Kohlendioxyd emittiert oder verseuchtes Wasser in öffentliche Gewässer einleitet und die Allgemeinheit für die dann notwendigen Schutzmaßnahmen aufkommen muss.

Das ist effizient für ein Unternehmen, nicht aber für die Ökonomie als ganzer; denn . Solche Externalisierung ist gesamtwirtschaftlich dysfunktional, weil sie eine verursachungsgerechte Zurechnung von Entscheidungen verhindert.

Gesellschaft ungebundenes großes Kapital bietet auch vielfältige Anreize zur **Wirtschaftskriminalität** - zu Steuerhinterziehung, Wirtschaftsspionage, Korruption und systematischem Kundenbetrug. Das ist etwa der Fall, wenn privates Kapital am Fiskus vorbei in die Steueroasen verbracht wird, wenn wie wir täglich hören, wie in der Lebensmittel- und Finanzbranche Kunden systematisch betrogen werden, wenn gezielt Verschleiß in die Produkte eingebaut wird, um deren Laufzeiten zu verkürzen (und so den Umsatz zu steigern, ohne dass daraus zusätzlicher Nutzen erwächst).

Die ökonomischen Dysfunktionalitäten, die ich genannt habe, sind grundsätzlich darin begründet, dass die Institution des privaten Eigentums Anreize dazu bietet (*wenigstens wenn wir von Menschen ausgehen, die primär den eigenen Interessen folgen.*) Sie werden aber noch massiv verstärkt, wenn die, die entscheiden, nicht mehr persönlich haften. Das ist jedenfalls in Kapitalgesellschaften so, in denen Manager gar nicht und die Aktionäre nur noch mit ihrer Einlage haften.

Drittens. Gesellschaftliche Folgen

Das ungebundene große private Eigentum an Produktionsmitteln hat auch gravierende gesellschaftliche Folgen.

Zunächst: Privates Eigentum begründet nicht nur Marktmacht, sondern auch gesellschaftliche und politische **Macht**. Großes Kapital wirkt direkt auf Gesetze und Regierungshandeln ein, ist aber auch informell mit Politikern und Beamte vernetzt...Politiker sonnen sich im privaten Umgang mit Piech, lassen sich von Ackermann beraten, von Bertelsmann sponsern. Großes Kapital übt auch gesellschaftliche Macht aus: durch die Drittfinanzierung von Wissenschaft, ein ausuferndes Sponsoring von Kultur und Sport, den Einfluss privater Stiftungen und privater Medien auf die öffentliche Meinungsbildung....

Dass auch *privates* Eigentum *politische* und gesellschaftliche Macht hat und die Demokratie aushebeln kann, hat Friedreich Hayek übersehen, wenn er -

übrigens hier zu Recht - in seiner Philippika gegen sozialistisches Staatseigentum vor einer Vermischung von wirtschaftlicher und politischer Macht warnt.

Privates Eigentum an Produktionsmitteln tangiert auch die soziale **Gerechtigkeit**. Das hat mehrere Gründe. Zum einen führt die Logik der kapitalistischen Ordnung zwangsläufig dazu, dass das Volkseinkommen ungleich verteilt wird. Zum andern werden die öffentlichen Güter, von denen alle einen Nutzen haben, gegenüber den kommerziellen Gütern diskriminiert, die sich nur leisten kann, wer auch zahlen kann. Dass immer weniger öffentliche Güter zur Verfügung gestellt werden, sehen wir in unseren Kommunen an jeder Ecke. Und ist es gerecht, wenn die kleinen Einkommen dafür aufkommen müssen, dass das große Eigentum spekuliert?

Die ökonomische Logik, die aus der kapitalistischen Eigentumsordnung resultiert, determiniert aber nicht nur die Verteilung der Einkommen und Güter, sondern bestimmt direkt auch über **Arbeit, Leben und Freiheit**. Indem das private Eigentum die Arbeitswelt beherrscht, bestimmt es wesentlich über die Entfaltungsmöglichkeiten, die sozialen Beziehungen und die Belastungen der Menschen. Indem alle Bereiche unserer Gesellschaft zunehmend ökonomisiert werden, prägen private Eigentumsinteressen einen großen Teil unserer Lebenswelt. Und hat eine Ordnung, in der privates Eigentum dominiert, nicht auch mit menschlicher **Freiheit** zu tun? Auch wenn die Verfassung ein Grundrecht auf Freiheit garantiert, sind viele Menschen in ihrer Arbeit und ihrem Leben weitgehend an den Gestaltungswillen und die Interessen des Kapitals gebunden. Das Recht kümmert sich nur um formale Freiheit - das heißt, um die *Möglichkeit*, dass alle Verträge schließen können, dass alle wählen können, wen sie wollen und alle kaufen können, was sie wünschen. Ob die Menschen die formale Freiheit auch materiell nutzen können, hängt wiederum weitgehend von ihrem Einkommen und ihrer Arbeit ab. An dieser Asymmetrie von Arbeit und Kapital, die unmittelbar aus der Eigentumsordnung resultiert - daran hat auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der großen Firmen, die gesetzlich verankert ist, nichts geändert.

In wirtschaftlichen Fragen verbleibt dem Kapital das letzte Entscheidungsrecht. Ansonsten wäre es nicht möglich, dass Massenentlassungen ausgesprochen werden können und Gewinne dazu verwendet werden, zu Lasten der Arbeitnehmer in neue Betriebsstätten im Ausland zu investieren.

Viertens. Ökologische Ignoranz

Die ökonomische Logik und die sozialen Folgen, die aus der kapitalistischen Eigentumsordnung resultieren, haben schließlich auch dazu geführt, dass in den Unternehmen und in der Politik ökologische Ziele bis heute eine untergeordnete Rolle spielen.

Zunächst: Privates Eigentum setzt immer neue Anreize für eine Steigerung der Produktion; in Verbindung mit dem Wettbewerb zwingt es die Unternehmen förmlich zu fortdauernder Expansion. Erfahrungsgemäß prallen daran Appelle an individuelle ökologische Verantwortung, Genügsamkeit und Maß ab. Und auch eine stetig steigende Ressourcenproduktivität kann nicht verhindern, dass der systemimmanente Wachstumszwang die *Bestände* an bestimmten Ressourcen stetig verringert und die Umweltbelastung fortlaufend steigt. Technologischer Fortschritt ermöglicht zwar eine immer bessere *Relation* zwischen dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen und dem Ausstoß von Gütern - ganz ohne Natur kann aber auch bei höchster Ressourcenproduktivität nicht produziert werden. Da bestimmte Ressourcen nicht vermehrt, substituiert oder in menschlicher Zeitdimension recycelt werden können (*und die Belastungsfähigkeit der Umwelt begrenzt ist*), unterminiert eine ewig steigende Produktion unweigerlich die natürlichen Lebensgrundlagen. Das ist schlicht Biologie und Physik.

Wenn die Produktion ewig steigt, können steigende Ressourcenproduktivität, erneuerbare Energien und Materie und die Wiederverwendung von bestimmten Rohstoffen das ökologische Problem verschleppen, aber auf Dauer nicht lösen. Das hat mit der *absoluten* Knappheit bestimmter natürlicher Ressourcen und der absolut begrenzten Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt zu tun. Denken wir

an die Endlichkeit des irdischen Raumes, die begrenzte Fähigkeit der Atmosphäre, ohne Schaden Kohlendioxyd aufzunehmen, die begrenzte Menge von Süßwasser oder den endgültigen Verlust produktiver biologischer Arten.

Im Theoriegebäude der etablierten ökonomischen Theorie hat der Begriff der *absoluten* Knappheit überhaupt keinen Platz. Man ignoriert insofern schlicht die in menschlicher Zeitdimension bestehende Endlichkeit bestimmter strategischer Ressourcen. Man operiert nur mit *relativer* Knappheit, also einer *Relation* von Nachfrage und Angebot (noch) verfügbarer Ressourcen. Um den ökonomischen Wachstumszwang zu lösen, der der kapitalistischen Eigentums- und Wettbewerbsordnung immanent ist - dafür gibt es aber keine instrumentellen Lösungen *innerhalb* dieser Ordnung, sondern nur die Möglichkeit, ihre Institutionen umzubauen. Nur dann könnten auch Appelle an eine neue Kultur des Maßes greifen.

Sodann. Fortdauerndes Wachstum und stetig wachsender Ressourcenverbrauch werden nicht nur durch den ökonomischen Mechanismus, sondern auch durch die **sozialen Folgen** der kapitalistischen Eigentumsordnung stimuliert. Der Grund dafür ist, dass die Politik die sozialen Defizite, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise immanent sind, ausgleichen muss, wenn - jedenfalls in einer Demokratie - Wahlen gewonnen werden sollen. Wenn Konjunkturkrisen stetig wiederkehren, Arbeitsplätze wegfallen, Löhne und Renten nicht zum Leben reichen und wachsender Stress aus der flexibilisierten Arbeitswelt und den multioptionalen Medien- und Konsumwelten die Gesundheit der Menschen angreift, verlangen die Menschen, dass sich die Politik darum kümmert.

Daraus erwachsen dem Staat aber zwangsläufig wachsende Aufgaben. Diese können nur durch höhere Steuern und Sozialabgaben oder durch steigende öffentliche Verschuldung finanziert werden. Das aber verlangt zwingend nach weiterem Wachstum und damit zu einem weiteren Abbau von Ressourcen. Wie sollen sonst höhere Einnahmen zur Finanzierung wachsender Ausgaben und steigender Zinsen generiert werden? Die kapitalistische Eigentumsordnung

verbaut die Möglichkeit, die durchschnittliche Steuerbelastung beliebig zu erhöhen. Ab einer bestimmten Grenze würden private Investitionen abgewürgt, Arbeitsplätze gefährdet und die Produktivität gebremst - damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Damit dies nicht geschieht, muss sich die Politik den Konditionen unterwerfen, die das große Kapital auf Grund der Eigentumsgarantie setzt kann, damit es im Land bleibt und Arbeitsplätze sichert.

Soweit eine gedrängte Darlegung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen, die aus der ökonomischen Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung resultieren. Zum Schluss wende ich mich noch einmal den rechtlichen und politischen Perspektiven der kapitalistischen Eigentumsordnung und den Möglichkeiten eines Umbaus zu.

III. Rechtliche und politische Perspektiven

Erstens. Die verfassungsrechtliche Perspektive

Die Verfassungen der meisten Länder zwingen die Politik nicht dazu, die kapitalistische Wirtschaftsordnung auf Biegen und Brechen aufrecht zu erhalten. Es gibt rechtlichen Spielraum, jedenfalls gilt dies für Deutschland.

Die deutsche Verfassung gewährleistet das private Eigentum. Es sagt in Art.14 Satz 1 GG: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“ Der Eigentümer kann aber nicht nach Belieben über das Eigentum - handle es sich dabei um Sachen oder ganze Unternehmen - verfügen. In Satz 2 des Art.14 GG wird nämlich gesagt, dass Eigentum verpflichtet und auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Eine Einschränkung findet sich auch in Artikel 15 GG, der sogar eine Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln nicht ausschließt.

Die ausdrückliche Einschränkung des Eigentümerbeliebens und die Kodifizierung im Grundrechtskatalog bedeutet, dass es sich bei der Eigentumsgewährleistung nicht um die Garantie einer ordnungspolitischen *Institution* handelt, sondern um ein *subjektives* Recht, das der Konkretisierung durch die Gesetze bedarf. Das heißt aber: das Grundgesetz ist *ordnungspolitisch neutral*. Verfassungsrechtlich ist die *kapitalistische* Form der Eigentumsordnung nicht zwingend.

Dem steht auch nicht dagegen, dass - wie die anderen Grundrechte - das Eigentumsrecht nach Art. 19 Abs.2 GG nicht in seinem „Wesensgehalt“ angetastet werden darf - also durch die verfassungsgebenden Gewalt, die Legislative, nicht zur Disposition gestellt werden darf. Unter den Wesensgehalt des privaten Eigentums kann nicht die beliebige Verwendung und Größe des Eigentums verstanden werden - sonst ergäbe das in der Verfassung verankerte Gebot der Sozialbindung und die Möglichkeit seiner Vergesellschaftung keinen Sinn.)

Zweitens. Der politische Hintergrund.

Im Rahmen der Verfassung verfügt die **Politik** also über einen nicht geringen Spielraum, um die real existierende Eigentumsordnung zu verändern. Haben ihn die deutschen Parteien genutzt?

Die Beschränkung des Eigentümerbeliebens in Art. 14 und 15 GG wurde 1949 vor allem auf Betreiben der sozialdemokratischen Vertreter im Parlamentarischen Rat (Carlo Schmid) kodifiziert. Die Vertreter der CDU stimmten den Bestimmungen zu. Sie stützten sich damals auf das inzwischen längst vergessene Ahlener Programm von 1947, das eine weitgehende Sozialisierung möglich machte.

Die Parteien haben dann die ordnungspolitische Neutralität der Verfassung aber nie genutzt, um das verfassungsrechtliche *Gebot* der Sozialbindung oder gar verfassungskonforme *Möglichkeit* der Sozialisierung zu konkretisieren. Das

gilt auch für die Sozialdemokraten, die 1949 in besonderer Weise darauf gedrungen hatten. Spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 haben sie sich darauf beschränkt, soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich im Rahmen der bestehenden Eigentumsrealität *politisch* durchsetzen zu wollen. Man war von nun an überzeugt, den kapitalistischen Tiger parlamentarisch reiten zu können und Gerechtigkeit mit instrumentellen Korrekturen innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung durchsetzen zu können - und zwar vor allem durch eine Verbindung von markt- und eigentumskonformer Wachstums- und Sozialpolitik. Die Realität zeigt, dass die Erfolge nicht durchschlagend sind.

In allen Parteien ist die Frage der Eigentumsordnung bis heute tabu. Auch Sozialdemokraten privatisierten im Geleitzug zur neoliberalen Offensive der vergangenen Jahrzehnte sogar öffentliches Eigentum, redeten der weltweiten Liberalisierung des großen Kapitals das Wort, öffneten der Finanzspekulation Tür und Tor - förderten damit nicht die gesellschaftliche Bindung, sondern die Beliebigkeit des großen privaten Eigentums.

Auch die etablierten Ökonomen verweigern sich bis heute jedem Gedanken einer ordnungspolitischen Revision. Immer noch gilt ihnen die auf privatem Eigentum gebaute Marktwirtschaft als ideale Ordnung und wirtschaftliches Wachstum als zentrales Heilmittel zur Lösung nahezu aller Probleme.

Drittens. Umbau der Eigentumsordnung.

In der Bewertung der kapitalistischen Eigentumsordnung und ihren möglichen Umbau gilt es abzuwägen zwischen der offensichtlichen Dynamik, die sie bewirkt und den ökonomischen Dysfunktionen, den sozialen und ökologischen Defiziten, die ihr immanent sind.

Bis jetzt starren wir wie die Lemminge auf die Alternativlosigkeit der kapitalistischen Ordnung und die Alternativlosigkeit ihre globale Vernetzung, die die Probleme verschärft und die Politik an die Kette gelegt hat.

Wirkliche Problemlösungen sind ohne einen Umbau unserer Wirtschaftsordnung, insbesondere unserer Eigentumsverfassung, nicht zu erwarten.

Ob, wie und wann ein Umbau des kapitalistischen Systems notwendig und möglich, kann nur in einem breiten Dialog erörtert werden.

Vergegenwärtigt man sich die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der kapitalistischen Eigentumsordnung und die rechtlichen Spielräume zu ihrer Veränderung, so können wir nicht länger darauf verzichten, über einen Umbau des ökonomischen Systems nachzudenken und insbesondere darüber zu diskutieren, welche politischen Möglichkeiten die Verfassung bietet, um die gesellschaftliche Bindung des Eigentums und die Vergesellschaftung bestimmter Eigentumsformen durchzusetzen.

In die Agenda eines schrittweisen Umbaus der kapitalistischen Eigentumsordnung gehören auf dem Hintergrund der obigen Analyse der ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der kapitalistischen Eigentumsordnung v.a. die folgenden Eckpunkte.

1. Das **Gemeinwohl** ist mit privaten Eigentumsinteressen nicht gleichrangig, es verdient absoluten Vorrang.
2. Das verfassungsrechtliche Gebot, dass privates Eigentum auch dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll (und dieses im Zweifel vorrangig ist), wird nicht nur auf soziale, sondern auch auf **ökologische Belange**, also die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, bezogen.
3. Das private Eigentum an Produktionsmitteln ist auf seine **produktive Funktion** beschränkt und an gesetzlich verbindliche soziale, kulturelle und ökologischer Standards gebunden.

4. Anonyme, spekulative, nicht persönlich haftende und gesellschaftlich mächtige Formen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln sind **auszuschließen**.

5. **Öffentliches Eigentum** an Produktionsmitteln ist auszubauen, soweit dies in dezentralen - vorwiegend kommunalen und genossenschaftlichen Formen - möglich ist und der Sicherung öffentlicher Güter und existentieller Versorgungsleistungen (wie etwa Energie, Verkehr, Kommunikation und Entsorgung) dient. Privates Eigentum, das gleichen Zwecken dient, unterliegt den Prinzipien, die für öffentliches Eigentum gelten.

6. **Grund und Boden**, der nicht dem persönlichen Gebrauch dient, wird in kommunale Hände gegeben. Privates Eigentum daran wird in langfristige Pachtverhältnisse überführt.

Zum Schluss: Wenn ich hier zur kapitalistischen Eigentumsordnung nur eine kritische Analyse und knappe Eckpunkte zu ihrem möglichen Umbau liefere und die Frage beiseite lasse, welche politischen *Chancen* dafür bestehen, so mag man mir den üblichen Vorwurf machen, es sei sinnlos, die Ursachen einer Krankheit zu analysieren, ohne gleich die Medizin mit zu liefern, die Heilung garantiert. Damit werde ich dann leben müssen. Allerdings denke ich, dass es immer noch richtig ist, eine Debatte von der *Analyse* her zu beginnen, statt die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, weil man die Lösung eines Problems noch nicht in der Tasche hat.

I.H. 25.3.2013